

Jetzt stimmen wir ab, und zwar punktweise über die Vorlage. Wer stimmt dem Punkt 1 dieser Vorlage zu, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist das so beschlossen.

Punkt 2: Wer dem Gesetz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einige Enthaltungen. Damit ist auch Punkt 2 angenommen, die Gesetzesvorlage braucht, glaube ich, in zwei getrennten Punkten nicht noch einmal mit abgestimmt werden. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Vorlage mit diesen beiden Abstimmungen so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

Antrag der Fraktion der PDS, betreffend Beschluß der Volkskammer zur Übernahme der EG-Regelungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft
(Drucksache Nr. 180)

Ich möchte aber zunächst eine Ansage machen. Der Haushaltsausschuß soll sich am linken Türausgang von vorn zu einer kurzen Beratung treffen.

Ich bitte zunächst den Vertreter der Fraktion der PDS, den Abgeordneten Schumann, das Wort zur Begründung dieser Vorlage zu nehmen.

Dr. Schumann für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider tagt gerade der Landwirtschaftsausschuß, so daß die Experten nicht hier sein können. Ich denke, ich werde das trotzdem begründen können.

Ich bedanke mich zunächst bei allen, die es ermöglicht haben, daß dieser Antrag als einer von den sechsen, die wir heute eingebracht haben, auf die Tagesordnung gekommen ist. Ich tue das im Namen der Bauern. Daß wir heute darüber hier noch reden dürfen, ist sicher eine ganz wichtige Sache.

Herr Dr. Krause hat sich hier beklagt, daß sich die Landwirtschaft zu langsam wandelt, daß zuviel über Subventionen geredet wird und daß Regierungsmitglieder falsche oder ungenügende Orientierung geben. Ich frage mich natürlich: Was soll das? Wenn die Regierungskoalition sich hier gegenseitig angreift, ist das Profilierung und Wahlkampf auf dem Buckel derjenigen, die das auszubaden haben, nämlich der Bauern draußen, die davon nichts haben, wenn solche Dinge hier ausgesprochen werden und dadurch keine klaren Orientierungen gegeben werden.

(Beifall bei der PDS und SPD)

Und es wurde von Herrn Dr. Krause auch deutlich gesagt, man sollte nicht über Subventionen reden, sondern Strukturwandel machen. Zunächst muß ich sagen: Beides kann man doch gar nicht gegeneinandersetzen, das gehört doch eng zusammen: Subventionen und Strukturwandel. Selbst das Fördergesetz, das hier in diesem Raum beschlossen worden ist, beinhaltet doch, Strukturwandel auch über Fördermaßnahmen und über das Fördergesetz zu vollziehen und sie nicht gegeneinander auszugrenzen. Und wenn das hier so behauptet wird, dann möchte ich sagen, daß das zunächst erst einmal schlichtweg eine Unterstellung ist, wenn gesagt wird, es werde zuviel über Subventionen geredet und zuwenig über Strukturwandel nachgedacht. Es gibt sehr viele Vorstände und Genossenschaftsbauern in unserem Lande, die sich sehr intensiv Gedanken darum machen, welche Strukturen sie annehmen können und wo sie sich hin entwickeln wollen. Man kann doch nicht einfach sagen, es werde auf dieser Strecke zuwenig getan.

Zweitens ist der Strukturwandel natürlich auch ein biologisches Problem, und jeder Landwirt weiß, daß, wenn er Strukturwandel anstrebt, er im Prinzip dafür ein Jahr braucht, um einen bestimmten Strukturwandel zu vollziehen; denn das, was wir gegenwärtig ernten und vermarkten müssen, ist ja bereits vor ei-

nem Jahr vorprogrammiert oder eingeplant worden. Das kann man nicht mit bloßen Behauptungen zum Strukturwandel jetzt wedgiskutieren.

Drittens erfordert der Strukturwandel Informationen. Da gebe ich Herrn Dr. Krause völlig recht, wenn er sagt, daß hier zuwenig getan wird. Ich will ihm aber auch entgegenhalten, daß das, was durch den Ministerrat und durch seine Abteilung vollzogen wurde an Informationen, genauso wenig dazu beigetragen hat, Klarheit im Monat Juni bei den Bauern zu schaffen. Ich kenne zumindest zwei Veranstaltungen im Bezirk Magdeburg, wo die eingeladenen Anwesenden bei den Ausführungen des Beauftragten des Ministerrates den Raum verlassen haben, weil er dort gesagt hat: Das Wichtigste, was jetzt ein Genossenschaftsbauer oder ein LPG-Vorsitzender können muß, ist, wie man eine LPG in den Konkurs führt. Ich halte das zumindest für keine gute psychologische Variante, die dazu führt, unsere Landwirtschaft vorwärts zu entwickeln. - Schade, daß er jetzt vielleicht nicht hier ist. -

Viertens geht es natürlich auch darum, daß man gewisse Sicherheiten haben muß, daß man berechenbare Entwicklungen auch wirklich aufzeigen muß, und hier hat sich im Prinzip an der Situation, die in der 23. Volkskammersitzung in der Aktuellen Stunde hier geschildert wurde, eigentlich nichts wesentliches geändert, obwohl es Maßnahmen der Regierung gegeben hat - ohne Zweifel -, die aber nicht greifen.

Die Liberalisierung des Handels z. B. hat eben dazu geführt, daß statt des hier und im Ausschuß ausgesprochenen Mindestpreises für Schweinefleisch von 2,50 Mark zur Zeit Händler ankommen, die 1,40 Mark bieten. Ja, es kommen Händler an, die sich erdreisten, für ein ganzes Schaf 10 Mark zu bieten, und dafür aber gleich die ganze Herde kaufen wollen. Wenn LPG-Vorsitzende oder Leiter mit solchen Leuten verhandeln, sind sie natürlich selbst daran schuld. Ich sage es aber hier, daß das gegenwärtig die Folge der Liberalisierung ist.

Es sind auch nicht die 65 oder 60 Pfennig pro Kilogramm Milch nach dem ersten Monat realisiert worden, sondern bestenfalls 50, vielerorts nur 45 Pfennig für das Kilo Milch, obwohl die Milch zum größten Teil abgenommen worden ist.

Alles das, was hier gesagt worden ist, greift nicht. Und nun muß man natürlich den Bauern zugutehalten: Auf welcher Basis sollen sie denn Berechnungen anstellen? Auf welchen Strukturwandel sollen sie denn hinrechnen, wenn das, was hier gesagt worden ist, in keiner Weise zur realen Basis geworden ist? Die Frage muß man sich doch stellen.

Und ich will eine weitere Begründung anbringen. Die Landwirtschaft der BRD ist alles andere als eine freie soziale Marktwirtschaft; denn insbesondere die EG-Agrarregelungen sind sicher das umfassendste Werk einer planmäßigen Regelung der Landwirtschaft, und daraus resultiert eben auch, daß erstens 30 bis 50 % der Einnahmen der Bauern in der BRD aus staatlichen Subventionen kommt, 13 Milliarden aus der EG, 12 Milliarden aus dem Bundeshaushalt. Dazu kommen Länderhaushalte, die unterschiedlich sind entsprechend der Stellung der Länder zu den Landwirtschaftsproblemen. Das sind 25 Milliarden, vielleicht sogar 30 Milliarden - ich kenne die Länderhaushalte nicht im einzelnen -, die in die Landwirtschaft fließen. Unsere Landwirtschaft sollte zunächst einmal 6 Milliarden kriegen. Das wurde hier in diesem Raum ausgesprochen. Dann waren es noch 5,6. Jetzt sind es 4,5, und wenn wir uns die Zahl ganz genau ansehen, sind es 2,7 Milliarden, die echte Anpassungshilfe sind. Alles andere sind versteckte Bezahlungen, die mit unter sogenannten Anpassungs- und Förderhilfen mit abgewickelt werden. Vergleicht man damit die BRD-Landwirtschaft, dann hat die BRD-Landwirtschaft doppelt so viel Fläche wie die der DDR. Das rechtfertigt in keiner Weise die Unterschiede zwischen 2,7 Milliarden und rund 30 Milliarden. Und wenn ich es auf die Produktion beziehe, dann ist die BRD-Landwirtschaft etwa zweieinhalbmal so groß wie die DDR-Landwirtschaft. Daraus allein kann man erkennen, was hier mit Anpassungshilfe gemeint ist, und man muß wirklich zu der Auffassung kommen, daß es wohl weniger eine Hilfe, eine Anpassungshilfe ist, als mehr eine Sterbehilfe für die Landwirtschaft, die hier bisher freigemacht oder beschlossen wurde.